



HESSISCHER LANDTAG

04. 09. 2018

Plenum

Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger vor Ort stärken

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass Sicherheit ein Grundbedürfnis ist, das alle Bürgerinnen und Bürger miteinander teilen. Das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den Staat und seine Institutionen hängt in hohem Maße davon ab, ob sich die Menschen sicher fühlen. Diese Voraussetzungen sind in Hessen gewährleistet. Hessen ist eines der sichersten Bundesländer. Seine Sicherheitsbehörden treten für die Rechte aller Bürger ein und verteidigen so unsere freiheitliche und offene Gesellschaft. Um diese Aufgaben effektiv wahrnehmen zu können, wurden die Sicherheitsbehörden in den vergangenen Jahren in vielerlei Hinsicht gestärkt.
2. Die Stärkung der hessischen Sicherheitsbehörden in rechtlicher, sachlicher und personeller Hinsicht spiegelt sich nicht zuletzt in den objektiven Sicherheitskennzahlen des vergangenen Jahres wider. Im Jahr 2017 wurde für Hessen die niedrigste Kriminalitätsbelastung seit fast 40 Jahren gemessen. Im bundesweiten Vergleich steht Hessen damit auf dem dritten Platz. Bundesweit wurden im vergangenen Jahr 57,1 % der Straftaten aufgeklärt. In Hessen lag die Aufklärungsquote deutlich darüber bei 62,8 %. Das ist die höchste gemessene Aufklärungsquote des Landes seit Bestehen der Polizeilichen Kriminalstatistik im Jahr 1971.
3. Der Landtag stellt fest, dass vielfältige Maßnahmen notwendig sind, damit alle Menschen in Hessen frei und sicher leben können, ob zu Hause in der eigenen Wohnung, unterwegs auf Straßen und Plätzen, in Bussen und Bahnen, bei Tag und bei Nacht. Wichtig ist dabei nicht nur die effektive Verfolgung von Straften durch eine leistungsfähige Justiz, sondern auch die Prävention. Der Landtag begrüßt, dass die hessische Polizei bereits heute eine Fülle von bewährten Präventionsprogrammen anbietet, um Kommunen sicherer zu machen. Außerdem fördert das Land in enger Kooperation mit den Kommunen ganz konkrete Maßnahmen, die für mehr Sicherheit in ihrer Stadt oder Gemeinde sorgen. Sicherheitsberaterinnen und Sicherheitsberater für Seniorinnen und Senioren", Präventionsprogramme wie "Gewalt-Sehen-Helfen" und "Häuser des Jugendrechts" sind nur einige von vielen Bausteinen, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt gestärkt und damit zur guten Sicherheitslage in Hessen in den vergangenen Jahren beigetragen haben. Auch technische Innovationen wie die bundesweit einzigartige Prognosesoftware "KLB-operativ" zur Vorhersage von Wohnungseinbrüchen oder die Ausweitung von Videoschutzanlagen, erhöhen in den Kommunen das Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger. Den Städten und Gemeinden wurden seit 2017 rund 1,3 Mio. € jährlich zur Verfügung gestellt, um neue Anlagen unter fachkundiger Beratung der Polizei in Betrieb zu nehmen oder bestehende Anlagen zu ertüchtigen.
4. Der Landtag begrüßt das Sicherheitsprogramm KOMPASS (**KOM**munal**Progr**Am**S**icherheits**S**iegel) der Landesregierung. Mit dieser kommunalen Sicherheitsinitiative soll der Weg zu einer noch besseren Zusammenarbeit zwischen der Polizei und den Städten und Gemeinden geebnet werden. Die Initiative ist bundesweit einzigartig. Sie bündelt alle von der Polizei bereitgestellten Initiativen und Programme zu einem passgenauen Maßnahmenpaket, um die Sicherheit und damit das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger zu erhöhen. KOMPASS setzt dabei auf eine enge Vernetzung aller Verantwortlichen einer Kommune. Amtsträgerinnen und Amtsträger, Bürgerinnen und Bürger, Vereine, Verbände und der Wirtschaft können so gemeinsam durch individuelle und konkrete Maßnahmen die Sicherheitslage weiterentwickeln und verbessern.

5. Das bundesweit einmalige kommunale Sicherheitsprogramm KOMPASS wurde in Hessen zunächst Ende 2017 in vier Modellkommunen getestet. Nach einer erfolgreichen Pilotphase entschied das hessische Innenministerium Ende Mai 2018, das Programm allen hessischen Kommunen anzubieten, und schaffte dafür zusätzliche Stellen, um die Präventionsarbeit der Polizei im Rahmen von KOMPASS weiter zu stärken. Mittlerweile sind sieben Kommunen im KOMPASS-Programm. 17 neue Kommunen haben bereits eine Zusage erhalten und werden zeitnah in das Programm aufgenommen. Der Landtag stellt fest, dass gemeinsam mit den weiteren 66 interessierten Städten und Gemeinden die Gesamtbevölkerung möglicher KOMPASS-Kommunen bereits ein Drittel der Bevölkerung Hessens erreicht.
6. Der Landtag stellt fest, dass für das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Sicherheit auch die sichtbare Präsenz der Polizei ganz entscheidend ist. Die Menschen in Hessen erwarten verlässliche Ansprechpartner vor Ort - in der Stadt und im ländlichen Raum. Sie müssen bei Tag und Nacht sofort erreichbar und schnell am Ort des Geschehens sein, um Straftaten verhindern und Kriminelle schneller fassen zu können. Der Landtag unterstützt, dass diesen Erfordernissen heute und in Zukunft durch organisatorische und personelle Maßnahmen Rechnung getragen wird.
7. Der Landtag begrüßt, dass die Hessische Landesregierung - neben der sachlichen und rechtlichen Stärkung der Sicherheitsbehörden - auch die personelle Verstärkung der hessischen Polizei in dieser Legislaturperiode von Anfang an konsequent vorangetrieben hat. So wurden bereits in der laufenden Legislaturperiode 1.520 zusätzliche Stellen bei der hessischen Polizei geschaffen. Das ist ein historisches Stellenplus von 11 %. 2015 nahmen 140 zusätzliche Bewerberinnen und Bewerber ihr Studium auf. Diese Kolleginnen und Kollegen haben ihr Studium beendet und sind bereits in den Dienststellen angekommen. 300 weitere Bewerberinnen und Bewerber kamen bei den Einstellungen 2016 hinzu und werden nächstes Jahr für Verstärkung sorgen. Im Jahr 2017 wurde mit 1.160 Polizeikommissaranwärterinnen und -anwärtern der größte Ausbildungsjahrgang aller Zeiten eingestellt und mit 570 zusätzlichen Stellen die hessische Polizei massiv gestärkt. Mit dem Doppelhaushalt 2018/2019 führt die Landesregierung ihre Politik für eine sichere Zukunft konsequent fort. Für 2018 werden noch einmal 270 und im Jahr 2019 weitere 240 zusätzliche Stellen für die Einstellung von Polizeikommissaranwärterinnen und -anwärtern geschaffen. Damit wird die hessische Polizei nach der jeweils dreijährigen Ausbildung im Jahr 2022 über rund 15.290 Polizeivollzugsstellen verfügen, so viele wie nie zuvor.

Wiesbaden, 4. September 2018

Für die Fraktion
der CDU
Der Fraktionsvorsitzende:
Boddenberg

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Parlamentarische Geschäftsführer:
Frömmrich